

›Vom Wehen der Postflagge‹ – Das Berliner Volksblatt positioniert sich im Dampfersubventionsstreit 1884/85

Krisenwahrnehmung im Kontext der kolonialen Wende

Christian Dietrich

Die Konjunktur erholte sich nur langsam. Nach dem Gründerkrach 1873 stagnierte das Bruttoinlandsprodukt für das restliche Jahrzehnt, Anfang der 1880er-Jahre stieg es wieder. Nach sechs Jahren der Flaute folgten 1881 bis 1885 fünf Jahre eines leichten Aufschwungs.¹ Aber die wirtschaftliche Krise hatte zahlreiche Verlierer produziert und somit der sozialen Frage Nachdruck verliehen. Auf lange Sicht erfuhr die Industrieentwicklung nur einen Dämpfer, unter den Zeitgenossen blieb der Eindruck eines wirtschaftlichen Einbruchs. Er ging mit Massenarbeitslosigkeit, Verelendung und einer intensiveren Auswanderung einher. Der Blick in die offiziellen Statistiken eröffnet die zeitgenössische Perspektive.

Ab 1880 wanderten immer mehr Deutsche aus. Allein zwischen 1880 und 1884 verließen mehr als 820.000 Menschen das Land. Die übergroße Mehrheit von ihnen emigrierte in die USA. Mit nur circa 10.000 Zuwanderern war Brasilien das zweitwichtigste Auswanderungsland, nennenswerte Migration aus Deutschland nach Afrika oder Asien gab es in diesem Zeitraum nicht.² Wer sich zur Auswanderung entschied, der kam oft aus den armen, agrarisch geprägten Landesteilen: Westpreußen, Posen, Pommern, Schleswig-Holstein

-
- 1 Kernbauer, Hans/März, Eduard: »Das Wirtschaftswachstum in Deutschland und Österreich von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg – eine vergleichende Darstellung«, in: Wilhelm Heinz Schröder/Reinhard Spree (Hg.), *Historische Konjunkturforschung*, Stuttgart: Klett-Cotta 1980, S. 47–59, hier S. 54.
 - 2 Hoerder, Dirk: *Cultures in Contact. World Migrations in the Second Millennium*, Durham/London: Duke University Press 2002, S. 336–339.

und Bayern.³ Wer ging, der hoffte den kargen Zuständen zu entfliehen. Die Kolonialvereine reagierten darauf, indem sie in ihrer Propaganda für deutsche Kolonien den Exodus berücksichtigten. Mit der Schaffung von Kolonien ließ sich die Migration dorthin umlenken, die Auswanderer würden somit auch nach dem Verlassen des Deutschen Reiches an der ›deutschen Sache‹ mitwirken. Der Aufbau eines Imperiums als nationales Projekt würde außerdem die tiefen Gräben in der Gesellschaft zuschütten. Schließlich sei die koloniale Präsenz ein Zukunftsprojekt, erhöhe den Zugriff auf Absatzmärkte und Rohstoffe, mache die Industrieproduktion damit krisenfester.⁴

Dass die politische Öffentlichkeit gerade 1884 – dem Jahr des »Erwerbs« der ersten Kolonien – empfänglich war für ökonomische Versprechungen und bevölkerungspolitische Argumente, ist Teil der Kolonialbegeisterung in den 1880er-Jahren. Konzentrierte sich die deutsche Schutzzollpolitik in den 1870er-Jahren auf Ozeanien, rückte 1884 Afrika in das kolonialpolitische Okular. Die europäischen Mächte kamen 1884/85 zur Berliner Konferenz zusammen und teilten den Kontinent unter sich auf. Das Deutsche Reich mischte nicht nur als Gastgeber mit. Togo, Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia) und Kamerun wurden 1884 zu Schutzgebieten erklärt, im Jahr darauf folgte Deutsch-Ostafrika. Ende November 1884 nahm das Reich Territorien in der Südsee und Neuguinea in Besitz.

Die kolonialpolitische Wende vom informellen Imperialismus zum formellen Kolonialbesitz mit direkter Herrschaftsausübung berührte verschiedene politische Teilbereiche.⁵ Die Errichtung einer kolonialpolitischen Infrastruktur verband finanz- und verkehrspolitische Fragen. Im Mai 1884 präsentierte die Reichsregierung eine Vorlage, die die Einrichtung einer Postdampferlinie nach Australien und Asien vorsah. Reichskanzler Otto von Bismarck begründete sie in der Sitzung der Budgetkommission am 23. Juni mit der kolonialpolitischen Wende. Die Entscheidung des Gremiums erklärte er zum »Verdikt über die Chancen der deutschen Kolonialexpansion.«⁶ Im Laufe des Jahres wurde die Vorlage überarbeitet und an die neuen Verhältnisse

3 Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Zehnter Jahrgang 1889, hg. vom Kaiserlichen Statistischen Amt, Berlin 1889, S. 15.

4 Ullmann, Hans-Peter: Das Deutsche Kaiserreich. 1871–1918, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1995, S. 80f.

5 Ebd., S. 81f.

6 Wehler, Hans-Ulrich: Bismarck und der Imperialismus, Köln: Kiepenheuer & Witsch 1972, S. 246.

angepasst. In der aktualisierten Fassung wurde die Eröffnung von Linien nach Australien und Asien um eine nach Afrika ergänzt. Sie sollten für 15 Jahre und mit jährlich 5,4 Millionen Mark subventioniert werden. Diese zweite Vorlage erreichte den Reichstag im November 1884.⁷

Zwischen der ersten und der zweiten Vorlage wurde der Reichstag neu gewählt. Die Wahl vom 28. Oktober 1884 hatte drei Gewinner: die Sozialdemokratie sowie die Nationalliberalen, die beide mehr Stimmen auf sich vereinigten konnten als zur letzten Wahl 1881, und die Deutschkonservativen, die trotz Stimmenverlustes, aber dank des Mehrheitswahlrechtes 22 Sitze im Reichstag hinzugewannen und nun mit 78 Abgeordneten die zweitgrößte Fraktion bildeten. Die größte Fraktion stellte weiterhin das Zentrum mit 99 Abgeordneten.

Während Deutschkonservative und Nationalliberale die Kolonialpolitik befürworteten, nahm das Zentrum eine skeptische Position ein. Die Sozialdemokraten, die trotz des Weiterbestehens des Sozialistengesetzes nach der Wahl mit 24 Abgeordneten im Parlament vertreten waren, lehnten jede Kolonialpolitik ab.⁸ Bereits im Wahlkampf war sie unter ihnen Thema. Im September äußerte Friedrich Engels im Briefwechsel mit Eduard Bernstein die Sorge, die kolonialpolitische Propaganda könnte eine regierungsfreundliche Mehrheit im Parlament ermöglichen.⁹ Doch zwei Wochen vor der Wahl machte sich Erleichterung breit:

Daß der Kolonialschwindel nicht zieht, freut mich. Es war die geschickteste Karte, die Bismarck ausgespielt, recht auf den Philister berechnet, überfließend von illusorischen Hoffnungen und mit nur langsam sich realisierenden, aber auch horrend schweren Unkosten. Bismarck mit Kolonien erinnert mich an den verrückten (wirklich idiotischen) letzten Herzog von Bernburg,

7 Dietrich, Christian: Im Schatten August Bebels. Sozialdemokratische Antisemitismusabwehr als Republikerschutz, Göttingen: Wallstein Verlag 2021, S. 37.

8 Vgl.: Schwarz, Maria-Theresia: »Je weniger Afrika, desto besser.« Die deutsche Kolonialpolitik am Ende des 19. Jahrhunderts. Eine Untersuchung zur kolonialen Haltung von Linksliberalismus und Sozialdemokratie, Frankfurt a.M. et al.: Peter Lang 1999, S. 210–217.

9 »Ich schicke Dir eine ›Kölnische‹, woraus Du sehn kannst, wie selbst die humane zivilisatorische Association Internationale des Stanley-Leopold von Belgien in Afrika operiert. Was mögen da erst die Portugiesen und Franzosen machen – und erst unsere Prügel- und Erschieß-Preußen, wenn die anfangen! Übrigens hat Bismarck mit dem Kolonialschwindel einen famosen Wahlcoup gemacht. Darauf fällt der Philister hinein, ohne Gnade und massenhaft.« Friedrich Engels an Eduard Bernstein, 13.-15. September 1884, in: Marx-Engels-Werke [im Folgenden: MEW], Bd. 36, Berlin:

der Anfang der vierziger Jahre sagte: Ich will auch eine Eisenbahn haben, und wenn sie mich tausend Taler kostet. Was 1000 Taler im Vergleich zu den Kosten einer Eisenbahn, das sind die Vorstellungen des Bismarck und seiner Mitphilister von einem Kolonialbudget im Vergleich zu den Kosten.¹⁰

Doch nach der Wahl wurde die Dampfersubventionsvorlage zur Streitfrage in der sozialdemokratischen Fraktion. Der Konflikt erwuchs aus einem parlamentarischen Dilemma. Ließ sich für neue Arbeitsplätze und somit im angenommenen Interesse der eigenen Wählerschaft die Vorlage befürworten oder wog die prinzipielle Ablehnung des Kolonialismus schwerer?¹¹ Diese Fragen wurden nicht nur zu einer Bewährungsprobe der jungen Partei, weil ›Lassalleaner‹ und ›Eisenacher‹, aus denen die SAP 1875 hervorgegangen war, sie verschieden beantworteten.¹² Die Streitpunkte offenbarten auch, dass die Partei trotz ihrer prinzipiellen Ablehnung nur eine bedingt antikonkoloniale Kraft war.

Letztendlich sollten sich die Gegner der Vorlage innerhalb ihrer Fraktion durchsetzen. Aber das war Ende 1884 nicht abzusehen. Zwischen Dezember 1884 und März 1885 schien eine Zustimmung zur Vorlage – zumindest eines Teils der sozialdemokratischen Abgeordneten – denkbar. Mediale Unterstützung fanden die zur Zustimmung bereiten sozialdemokratischen Abgeordneten durch das Berliner Volksblatt, das weniger von exotischen Sehnsüchten als von heimischem Opportunismus geleitet war. Diese Entwicklung steht im Zentrum der folgenden Ausführungen.

Dietz Verlag 1979, S. 206–208, hier S. 207f. August Bebels Einschätzung war nüchtern: »Da alle Register, die seit 1878 gezogen wurden: Soz[ialisten]gesetz, Schutzzollpolitik, Rückwärtsrevidierung der Gewerbeordnung, Agrarpolitik, Sozialreform, die Masse nicht befriedigen, von allen diesen Maßregeln die in Aussicht gestellten Früchte ausbleiben, das Missbehagen immer größer und immer lauter wird, muss ein neues Heilmittel heran, das den Vorteil hat, dass man auf die Früchte ziemlich lange vertrösten kann, aber auch den Nachteil besitzt, ziemlich viel Geld zu kosten. Die Bourgeoisie macht über den Kolonialschwindel viel Lärm, aber bei der Masse findet der Schwindel keinen Boden.« August Bebel an Friedrich Engels, 3. Oktober 1884, in: Werner Blumenberg (Hg.), August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels, Den Haag: Mouton&Co 1965, S. 185–188, hier S. 187.

- 10 Friedrich Engels an August Bebel, 11. Oktober 1884, in: MEW, Bd. 36, Berlin 1979, S. 214–216, hier 215f.
- 11 Lehnert, Detlef: Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848–1983, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1983, S. 73.
- 12 Die Umbenennung in SPD erfolgte erst 1890. Von 1875 bis 1890 firmierte die Partei als Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP).

Wirtschaftsprognose und politisches Kalkül

Es haben sich in der Zwischenzeit die allen bekannten Ereignisse zugetragen, Deutschland hat auf die Zuschauerrolle Verzicht geleistet, es ist eingetreten in die Kolonialpolitik nach den Grundzügen, wie der Herr Reichskanzler sie in der Frühjahrssession hier vor dem hohen Hause und in der Budgetkommission entwickelt hat, und die überwiegend den Beifall der hohen Versammlung fanden. Das ist eine Tatsache, und ebenso ist es Tatsache, daß dieses Vorgehen des deutschen Reichs von der freudigsten Zustimmung des überwiegend größten Teils der Nation begrüßt worden ist.¹³

Mit diesen Worten eröffnete der Reichstagspräsident Wilhelm von Wedel-Piesdorf am 1. Dezember 1884 die erste Beratung über die überarbeitete Gesetzesvorlage zur Dampfersubvention. Sie sah die staatliche Unterstützung von 5,4 Millionen Mark für die Einrichtung von drei Hauptschiffsrouten nach Hongkong, nach Sydney sowie nach Sansibar und einiger Zweiglinien vor.¹⁴ An der Debatte am 1. Dezember beteiligte sich kein sozialdemokratischer Redner, allerdings wurde die Vorlage fraktionsintern in drei Sitzungen kontrovers diskutiert.¹⁵ Wenige Tage vor der ersten Debatte über die Dampfersubventionsvorlage sprach August Bebel im Reichstag zu Haushaltsfragen. Nach langen Ausführungen zum umfangreichen Militäretat kam Bebel auf die Kongo-Konferenz zu sprechen. Er begrüßte sie als das mögliche Ende einer Kolonialpolitik der Okkupation und schlug nach ihrem Vorbild eine große völkerrechtliche Friedenskonferenz aller europäischer Mächte vor.¹⁶ Die inhaltliche Ablehnung der Kolonialpolitik berührte dies jedoch nicht. »Eines der wichtigsten Förderungsmittel der Entwicklung des Kapitalismus ist ein ausgedehntes Kolonialsystem«, hatte Karl Kautsky in *Die Neue Zeit*

13 Präsident (von Wedel-Piesdorf, Wilhelm): »Rede vor dem Reichstag vom 1. Dezember 1885«, in: Stenografische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages – VI. Legislaturperiode, I. Session 1884/85. Erster Band, Berlin: Verlag der Buchdr. der Nordd. Allgemeinen Zeitung 1885 [im Folgenden Stenografische Berichte VI/I/1], S. 120.

14 Schröder, Hans-Christoph: Sozialismus und Imperialismus. Die Auseinandersetzung der deutschen Sozialdemokratie mit dem Imperialismusproblem und der ›Weltpolitik‹ vor 1914, Bonn: Verlag Neue Gesellschaft 1974, S. 126f.

15 Ebd., S. 127.

16 August Bebel, Rede im Reichstag vom 28. November 1884, in: Stenografische Berichte VI/I/1, S. 78–90, hier: S. 89f.

diagnostiziert.¹⁷ Das Ausrauben der indigenen Bevölkerung habe die Industrieentwicklung in den Kolonialländern »treibhausmäßig gefördert«. ¹⁸ Die heutigen Kolonien seien Absatzmärkte und dadurch eine »Lebensbedingung des Kapitalismus geworden«. ¹⁹ Dass hinter der Kolonialpolitik die Suche nach Absatzmärkten stecke, da der Überproduktion in den kapitalistischen Ländern nicht anders begegnet werden könne, war in der Sozialdemokratie eine weit verbreitete Ansicht. ²⁰ Auch als in den Fraktionssitzungen deutlich wurde, dass eine Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordneten die Dampfersubvention befürwortete, traten dennoch nur Einzelne unter ihnen für eine aktive Kolonialpolitik ein. ²¹

Die Fraktionsmehrheit betrachtete die Dampfersubvention nicht als Teil der Kolonialpolitik, sondern als Verkehrsfrage. ²² Für Bebel, der den Streit als einen der beiden Parteiflügel – zwischen Marxisten und Lassalleanern – beurteilte, ²³ eine trügerische Illusion. ²⁴ An Engels, der die Vorlage ebenfalls ablehnte, jedoch an einem Kompromiss innerhalb der Fraktion interessiert war, schrieb er:

Zu alledem kommt, daß die Subvention nach Ansicht der Sachverständigen, wenn die Linien leisten sollen, was man verlangt, bei weitem nicht *reicht*.

17 Kautsky, Karl: »Tongking«, in: Die Neue Zeit 2/4 (1884), S. 156–164, hier S. 156. Vgl. auch Wegner, Jörn: Die Kriegs- und die Kolonialfrage in der britischen und deutschen Arbeiterbewegung im Vergleich 1899–1914, Berlin: Metropol Verlag 2014, S. 30f.

18 K. Kautsky: Tongking, S. 157.

19 Ebd.

20 Schröder, H.-C.: Sozialismus und Imperialismus, S. 106. In seiner Reichstagsrede von 4. März 1885 führte Wilhelm Liebknecht aus: »Fragen wir uns ruhig: was wird mit der sogenannten Kolonialpolitik denn eigentlich bezweckt? Wenn wir auf den Grund gehen, so wird als der Zweck hingestellt: *die Überbevölkerung und Überproduktion zu steuern*.«; Liebknecht, Wilhelm: »Rede im Reichstag vom 4. März 1885«, in: Stenografische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages – VI. Legislaturperiode, I. Session 1884/85. Dritter Band, Berlin: Verlag der Buchdr. der Nordd. Allgemeinen Zeitung 1885 [im Folgenden Stenografische Berichte VI/1/3], S. 1539–1544, hier: S. 1540 [Hervorhebung im Original].

21 August Bebel an Hermann Schlüter, 24./27. Dezember 1884, in: Im Kampf um den revolutionären Charakter der proletarischen Partei. Briefe führender deutscher Arbeiterfunktionäre – Dezember 1884 bis Juli 1885, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus, Berlin: Dietz Verlag 1977 [im Folgenden: Im Kampf], S. 75–77.

22 Ebd., S. 75.

23 August Bebel an Julius Motteler, 21. Dezember 1884, in: Ebd., S. 72–74, hier S. 73.

24 August Bebel an Julius Motteler, nach dem 30. Januar 1885, in: Ebd., S. 98f.

[...] Ferner, hat man diese Linien, so wird man genau mit denselben Gründen andere dort unten in der Südsee verlangen können. Die Kolonialerwerbungen in der Südsee und im Stillen Ozean fangen an, bedenklich zu werden, weil sie abenteuerlich sind. Aus alledem folgt dann die Notwendigkeit von Kohlenstationen, Seebefestigungen, Kriegsschiffstationen etc. etc. Wo soll da haltgemacht werden?²⁵

Im Interesse einer fraktionsinternen Einigung schlug Engels vor, die Zustimmung zur Subvention an eine von der Regierung nicht zu erfüllende Bedingung zu knüpfen. Die Unterstützung der Reeder müsse an eine Subvention von Arbeitergenossenschaften in gleicher Höhe geknüpft werden. Engels ging davon aus, dass die Bismarckregierung diesen Vorschlag ablehnen und so die Fraktionsmehrheit ohne Gesichtsverlust ins Lager der Nein-Stimmen schwenken würde.²⁶ Eduard Bernstein, Chefredakteur des im Züricher Exil erscheinenden *Sozialdemokrat*, erwartete hingegen Prinzipienfestigkeit. Im Brief an Engels kommentierte er dessen Kompromissvorschlag:

Dein Vorschlag hat den Zweck, der Majorität das Nein! zu erleichtern. Obwohl nach meiner Ansicht unsere Leute keinen Grund haben, sich vor ihrem eigenen Votum zu fürchten, so will ich zugeben, daß schließlich für einen Moment die Dampfervorlage in der Tat als eine selbständige Angelegenheit betrachtet werden konnte. Nach den Annexionen in der Südsee und Bismarcks Erklärungen im Reichstag ist das aber nicht mehr möglich, jetzt stimmt, wer die Dampfervorlage annimmt, auch für die Kolonialgeschichte, und da haben unsere Leute die Pflicht, rund und nett nein zu sagen.²⁷

Aus der Prinzipientreue des *Sozialdemokrat* erwuchs ein Konflikt mit den sozialdemokratischen Abgeordneten, die der Vorlage positiv gegenüberstanden und sich durch die Berichterstattung bloßgestellt sahen.²⁸ Die Fraktion ver-

25 August Bebel an Friedrich Engels, 28. Dezember 1884, in: Ebd., S. 77–81, hier S. 78 [Hervorhebung im Original].

26 Friedrich Engels an August Bebel, 30. Dezember 1884, in: Ebd., S. 82–85.

27 Eduard Bernstein an Friedrich Engels, 15. Januar 1885, in: Ebd., S. 87–90, hier S. 88f. Zum Vorschlag von Engels und der Bebelschen Kritik daran vgl.: Hyrkkänen, Markku: Sozialistische Kolonialpolitik. Eduard Bernsteins Stellung zur Kolonialpolitik und zum Imperialismus 1882–1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Revisionismus, Helsinki: SHS 1986, S. 46–52.

28 Eduard Bernstein an Karl Kautsky, 6. Februar 1885, in: Ebd., S. 102–104; Johann Heinrich Wilhelm Dietz an Wilhelm Liebknecht, 23. Februar 1885, in: Ebd., S. 110–113.

suchte fortan, stärkeren Einfluss auf die Zeitung zu gewinnen. Für Bernstein als verantwortlichen Redakteur war das ein skandalöses Vorgehen, zumal mit Wilhelm Bloss und Wilhelm Hasenclever zwei Reichstagsabgeordnete in der Kontrollkommission der Zeitung agierten, die auch Einfluss auf die Berichterstattung des *Berliner Volksblattes* hatten.²⁹ Anders als der Sozialdemokrat befürwortete das *Volksblatt* die Dampfersubvention. Das *Volksblatt*, dessen Sitzredakteur Bloss in der Fraktion für die Vorlage warb, berichtete intensiv über sie und prophezeite ihr gute Chancen auf Annahme.³⁰ Für die eigene Positionierung nutzte die Redaktion des *Volksblattes* einen Text aus der *Allgemeinen Zeitung*. Um die vage Formulierung ergänzt, man könne dem Artikel nur teilweise zustimmen, halte ihn aber für objektiv und interessant, veröffentlichte das *Berliner Volksblatt* eine detaillierte Auseinandersetzung mit der Dampfersubvention. Dabei spart der Text nicht mit Kritik an den Gegnern der Kolonialpolitik.³¹ Man dürfe von der Kolonialpolitik nicht zu viel erwarten, aber eine grundsätzliche Ablehnung, wie sie Freisinnige, Teile des Zentrums und die Sozialdemokratie vertraten, sei ungerechtfertigt. Während die Freisinnigen bei ihrer Ablehnung nur die Gegenwart sähen und die Zukunftschancen einer aktiven Kolonialpolitik nicht berücksichtigten, verknüpfte die Sozialdemokratie ihre kolonialpolitische Verweigerung mit überzogenen Forderungen nach sozialen Reformen in Deutschland und bliebe damit engstirnig:

29 Eduard Bernstein an Karl Kautsky, 1./2. April 1885, in: Ebd., S. 124–131.

30 o.A.: »Parlamentarisches«, in: *Berliner Volksblatt*, 14. Dezember 1884, S. 6. Vgl. auch: o.A.: »Der deutsche Reichstag«, in: *Berliner Volksblatt*, 20. Dezember 1884, S. 1; o.A.: »Politische Übersicht«, in: *Berliner Volksblatt*, 3. Januar 1885, S. 5f.; o.A.: »Die Parlamentsferien«, in: *Berliner Volksblatt*, 8. Januar 1885, S. 1; o.A.: »Parlamentarisches«, in: *Berliner Volksblatt*, 21. Januar 1885, S. 2; o.A.: »Politische Übersicht«, in: *Berliner Volksblatt*, 5. Februar 1885, S. 1f.; o.A.: »Politische Übersicht«, in: *Berliner Volksblatt*, 7. Februar 1885, S. 1f.; o.A.: »Politische Übersicht«, in: *Berliner Volksblatt*, 17. Februar 1885, S. 1f.; o.A.: »Parlamentarisches«, in: *Berliner Volksblatt*, 25. März 1885, S. 6. Hyrkkänen verweist darauf, dass das *Berliner Volksblatt* eine staatssozialistische Position einnahm und sich schon dadurch vom Sozialdemokrat unterschied. Vgl.: M. Hyrkkänen: Sozialistische Kolonialpolitik, S. 38.

31 o.A.: »Die Stellung der Parteien zur überseeischen Politik«, in: *Berliner Volksblatt*, 30. Dezember 1884, S. 5. Der den ursprünglichen Artikel abschließenden Satz, »Zum Glück haben sich die parlamentarischen Aussichten der Regierungsvorschläge in letzter Zeit wesentlich gebessert«, druckte das *Berliner Volksblatt* nicht ab. Vgl.: o.A.: »Die Stellung der Parteien zur überseeischen Politik«, in: *Allgemeine Zeitung*, 22. Dezember 1884, S. 5241.

Während somit die deutsch-freisinnige Partei in ihrer Opposition gegen die überseeische Politik der Reichsregierung die berechnete Rolle der Phantasie in der Politik übersieht, macht sich bei jenen, welche aus sozialen Gründen, aus Besorgnis, daß über einer weitaussehenden Kolonialpolitik die inneren Reformen vernachlässigt werden könnten, die Phantasie in einer falschen Richtung geltend, indem sie ihnen vorspielt, dass solche Reformen unmittelbar zu verwirklichen wären. Aber gerade jener Partei, welche vor Allem die Lage der Arbeit zu heben wünscht, müssten überseeische Unternehmungen [...] sympathisch sein.³²

Wie andere, dem rechten Parteiflügel nahestehende Zeitungen begegnete auch das *Berliner Volksblatt* der Dampfersubvention mit einer Sympathie,³³ die es mit der Lage der Werft- und Hafendarbeiter begründete. Würde sich ihre Situation nicht verbessern, wenn der überseeische Handel dank staatlicher Subventionen floriertere? Das *Volksblatt* bejahte die Frage und zeigte sich irritiert darüber, dass die Vorlage in der vom Parlament eingesetzten Kommission auf deutliche Kritik stieß.³⁴

Wenn man weiter ins Auge fasst, dass die Reichsregierung besonderen Wert auf die Vorlage gelegt hat und noch immer legt und dass ferner außer der deutsch-freisinnigen Partei keine andere Partei eine prinzipielle Gegnerin der Vorlage ist, so muss es ungemein befremden, dass bei der endgültigen Abstimmung die Vorlage von der Kommission abgelehnt worden ist. Das ›*Volksblatt*‹ hat der Vorlage immer sympathisch gegenüber gestanden und dieselbe als einen Versuch angesehen, etwas mehr Schwung dem deutschen Handel zu verleihen.³⁵

Insbesondere der auf Unabhängigkeit aller Abgeordneten zielende sozialdemokratische Antrag, bei Strafe des Mandatsverlustes nicht zugleich als Eigentümer oder Teilhaber an einer der subventionierten Linien und als Kommissionsmitglied an deren Zustandekommen beteiligt sein zu dürfen, habe »die

32 o.A.: »Die Stellung der Parteien zur überseeischen Politik«, in: *Berliner Volksblatt*, 30. Dezember 1884, S. 5.

33 H.-C. Schröder: *Sozialismus und Imperialismus*, S. 126; M.-T. Schwarz: »Je weniger Afrika, desto besser«, S. 218.

34 Mit Bebel und Dietz waren zwei Sozialdemokraten in der Kommission vertreten, die die Vorlage unterschiedlich bewerteten. Bebel lehnte sie ab, Dietz stimmte ihr zu.

35 o.A.: »Die Dampfersubventionsvorlage«, in: *Berliner Volksblatt*, 3. Februar 1885, S. 1.

Kommission [...] aus dem Leim« gehen lassen³⁶ – denn die Impulsgeber, die nationalliberalen Reeder und Reichstagsabgeordneten Hermann Meier und Adolf Woermann, verließen daraufhin die Kommission. Die Mehrheit der verbliebenen Kommissionsmitglieder lehnte Subventionen sowohl für die afrikanische als auch die asiatische Linie ab. Übrig blieb nur der Vorschlag für eine ostasiatische Linie, die das *Volksblatt* schließlich als »vollständig losgelöst von der sogenannten Kolonialpolitik« präsentierte.³⁷

Die stete Wiederholung dieser Einschätzung offenbart das Interesse des Blattes am Zustandekommen dieser Dampferlinie. Welchen anderen Zweck hat die Wiederholung neben dem, die eigene Leserschaft davon zu überzeugen, dass die Sozialdemokratie für die Subvention stimmen und dennoch an ihren Prinzipien festhalten könnte?³⁸ Die Zustimmung zur Vorlage der Regierung wäre »für die deutschen Arbeiter nutzbringend«, da »der Exporthandel Deutschlands nach Ostasien gefördert« würde.³⁹ Zudem informierte das Blatt über die Meinungsbildung in der Fraktion. Man würde für die Einrichtung der australischen und der ostasiatischen Linie stimmen, insofern sie mit noch in deutschen Werften zu bauenden Schiffen befahren würde.⁴⁰ Würden keine neuen Schiffe gebaut, stimme man im Reichstag gegen die Vorlage.

Wir für unseren Teil trennen die Dampfer-Subventionsfrage von der Kolonialpolitik auf das Entschiedenste. Wir werden immer für die Förderung der Verkehrsmittel sein, die wir für den Nerv der ganzen ökonomischen Entwicklung halten und die ein zu besseren Zuständen mit Naturnotwendigkeit mechanisch vorwärtstreibendes Element sind. Aber andererseits können wir uns nicht einverstanden erklären mit einer Kolonialpolitik, die uns keine zuverlässigen Aussichten bietet und uns unabsehbare Verwicklungen bringen kann, deren Kosten wir dann tragen müssen.⁴¹

36 Ebd.

37 Ebd.

38 o.A.: »Nochmals die Dampfersubventionsvorlage«, in: Berliner Volksblatt, 10. Februar 1885, S. 1. Vgl. M. Hyrkkänen: Sozialistische Kolonialpolitik, S. 43.

39 o.A.: »Zur Dampfer-Subvention«, in: Berliner Volksblatt, 20. Februar 1885, S. 1.

40 Einen entsprechenden Antrag zum Bau neuer Schiffe in deutschen Werften hatten Bebel und Dietz in der Kommission eingebracht. H.-U. Wehler: Bismarck, S. 251.

41 Ebd. Diese Position vertrat Hasenclever auch im Reichstag. Am 20. Januar 1885 kam er im Parlament auf die Dampfersubvention zu sprechen. »Deshalb stimmen wir gegen alle die Etatspositionen, die irgend wie mit der Kolonialfrage zusammenhängen. Ich betone dabei, daß, wo wir der Ansicht sind, daß irgend eine Etatsposition aus anderen Gründen annehmbar uns erscheint, wie z.B. die Position für die wissenschaftliche

Die Einstimmigkeit der Darstellung löste realen Widerspruch aus. Ihn formulierte August Bebel, das *Berliner Volksblatt* druckte ihn ab. Bebel betonte, dass nicht die ganze Fraktion für eine Subvention stimmen könnte, die in erster Linie den Unternehmern nütze, nach kolonialpolitischen Erwägungen geplant wäre und nur wenig Effekt auf den Handel haben würde.⁴² Aber die Intervention blieb Ausnahme in einer Berichterstattung, die den Nutzen der Vorlage für die Arbeiterschaft beschwor und deren kolonialpolitische Bedeutung leugnete.⁴³

Am 25. März 1885 berichtete das *Volksblatt* von der dritten Lesung im Reichstag. Das Parlament beschloss – gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion – die Einrichtung der ostasiatischen und australischen Linie.⁴⁴ Sie sollten bis zu 4 Millionen Mark jährlich kosten und für 15 Jahre unterhalten werden. Für Unmut sorgte, dass die Linien nicht mit neuen, in Deutschland gebauten Schiffen befahren werden sollten.⁴⁵ Schon am Vortag kritisierte die Zeitung das Agieren der Unternehmer, die sich national gaben, aber aus Kostengründen englische und holländische Werften mit dem Schiffsbau beauftragten.⁴⁶ Mit Kritik am parlamentarischen Beschluss hielt sich das Blatt zurück: »Indessen, wenn die beiden neuen Linien, soweit sie nicht

Untersuchung des Innern Afrikas, wir für dieselbe stimmen werden. Auch der Dampfersubvention stehen wir nicht feindlich gegenüber, wir werden dieselbe, ehe wir uns definitiv entschließen, erst prüfen, wenn sie aus dem Schoße der Kommission an uns gelangt sein wird.« Wilhelm Hasenclever: »Rede im Reichstag vom 20. Januar 1885«, in: Stenografische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages – VI. Legislaturperiode, I. Session 1884/85. Zweiter Band, Berlin: Verlag der Buchdr. der Nordd. Allgemeinen Zeitung 1885, S. 745. Ambivalent hatte sich Hasenclever in seiner Reichstagsrede zwei Jahre zuvor gezeigt, in der er die koloniale Expansion unter bestimmten Bedingungen begrüßte. Wilhelm Hasenclever: »Rede im Reichstag am 5. Februar 1883«, in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages – V. Legislaturperiode, II. Session 1882/83. Zweiter Band, Berlin 1883, S. 1301–1303.

42 B. [Bebel, August]: »Zur Dampfersubvention«, in: *Berliner Volksblatt*, 21. Februar 1885, S. 1f. August Bebel an Karl Kautsky, 22. Februar 1885, in: *Im Kampf*, S. 108–110.

43 o.A.: »Nochmal zur Dampfersubvention«, in: *Berliner Volksblatt*, 25. Februar 1885, S. 1f.

44 o.A.: »Die neuen Dampferlinien«, in: *Berliner Volksblatt*, 25. März 1885, S. 1f.

45 Vgl. o.A.: »Auch ein ›nationales‹ Unternehmen«, in: *Berliner Volksblatt*, 24. März 1885, S. 1f. Im November 1885 wurde der Vertrag zwischen der Reichsregierung und dem Norddeutschen Lloyd, der den Zuschlag erhielt, unterzeichnet. Von fünfzehn Dampfern, die die Linien befahren, sollten sechs neu gebaut werden. Sie entstanden auf der Stettiner Vulcan-Werft. Vgl. H.-U. Wehler: *Bismarck*, S. 255.

46 Ebd.

der Kolonialpolitik dienen, den Export fördern, neue Absatzgebiete schaffen helfen und die Beschäftigungslosigkeit im Lande zu vermindern etwas beitragen, so wollen wir das mit Freuden begrüßen, wenn auch der Löwenanteil des Gewinnes den Unternehmern zufällt.«⁴⁷

Der Warenstrom und der Südseeschwindel

Die Auseinandersetzungen zur Dampfersubventionsvorlage hatten ein innerparteiliches Nachspiel. Die Mehrheit der Reichstagsfraktion fühlte sich von der klar antikolonialen Haltung des *Sozialdemokrat* herausgefordert. Das Parteiorgan hatte im Dezember 1884 über das Patt in der Fraktion informiert: »Die Mehrheit der Genossen ist der Ansicht, dass es sich hier um eine Zweckmäßigkeits- und nicht um eine *Prinzipienfrage* handelt.«⁴⁸ Die Abstimmung sei daher für die Fraktionsmitglieder freigegeben, die einzelnen Abgeordneten nicht an die Fraktionsdisziplin gebunden. Die Bekanntgabe sorgte für Ärger in der Partei. Die deutschen Sozialisten im Züricher Exil verabschiedeten am 10. Januar 1885 eine Resolution, wonach die Dampfersubventionsvorlage »als notwendige Vorbedingung zur *Kolonialpolitik*«⁴⁹ prinzipiell abgelehnt werden müsse und die *Der Sozialdemokrat* zum Ärger der ›gemäßigten‹ Fraktionsmitglieder abdruckte. Ihr Anliegen, auf die Inhalte der Zeitung, die Berichterstattung und die redaktionelle Arbeit Einfluss zu nehmen, waren Ausgangspunkte weiterer parteiinterner Konflikte.⁵⁰ Jenseits der Parteigeschichte ist die Chronik der Dampfersubventionsdebatte ein Ereignis in der deutschen Kolonialgeschichte. In dieser Hinsicht eröffnet sie drei interessante Beobachtungen:

Sehnsuchtsorte waren die deutschen Schutzgebiete und überseeischen Exklaven für die Sozialdemokraten nicht – das unterschied sie von bürgerlichen Akteuren, insbesondere den Konservativen und Nationalliberalen. Dass die oft im chauvinistischen Vokabular vorgetragene Sehnsuchtsortrhetorik bei den Sozialdemokraten nicht verding, hatte wesentlich mit dem Vorhandensein eines bereits existenten, sozialdemokratischen Sehnsuchtsortes zu tun. Der lag

47 o.A.: »Die neuen Dampferlinien«, in: Berliner Volksblatt, 25. März 1885, S. 1f.

48 o.A.: »Sozialpolitische Rundschau«, in: Der Sozialdemokrat, 11. Dezember 1884, S. 2f., hier: S. 2 [Hervorhebung im Original].

49 o.A.: »Sprechsaal«, in: Der Sozialdemokrat, 22. Januar 1885, S. 4 [Hervorhebung im Original].

50 H.-C. Schröder: Sozialismus und Imperialismus, S. 134f.; Rothe, Rudolf: »Zum Streit um die Dampfersubvention«, in: Archiv für Sozialgeschichte 1 (1961), S. 109–118.

jedoch nicht in der räumlichen, sondern in einer zeitlichen Ferne. Die sozialistische Zukunftserwartung einer nahenden Revolution, die die bürgerlich-kapitalistische Ordnung beenden und die soziale Frage lösen würde und die sich mit der Bewertung der Sozialistengesetze als Abwehrmaßnahme einer im Untergang befindlichen Ordnung verfrucht, findet sich nicht nur in den Briefwechseln der prominenten ›Arbeiterführer‹, sie verhinderte auch eine Annäherung an einen durch Expropriation und politischer Unfreiheit charakterisierten Status quo. Als solche wurde die Kolonialpolitik verstanden.

In der Rekonstruktion der Dampfersubventionsdebatte wird – zweitens – deutlich, dass die sozialdemokratischen Unterstützer der Vorlage die Dampfersubvention als losgelöst von der Kolonialpolitik bewerteten. Man kann dies als Indikator für eine Hegemonie des Antikolonialismus in der SPD bewerten. Der Zusammenhang der Postlinien mit den deutschen Kolonialambitionen lag zwar auf der Hand, wurde aber nicht nur verschwiegen, sondern explizit geleugnet. Die Zustimmung der ›gemäßigten‹ Sozialdemokraten gründete nicht in der Sehnsucht, sondern im konkreten Interesse am Warenstrom. Von ihm versprach man sich eine Verbesserung der Lage der Arbeiter in den Küstenstädten. Es ist denkbar – wie in der DDR-Geschichtswissenschaft geschehen –, hier einen Konflikt zwischen proletarisch-revolutionären und kleinbürgerlich-opportunistischen Kräften zu sehen. Von den marxistisch inspirierten Zeitgenossen in der Partei wurde das Schielen auf den Warenstrom als Abrücken vom sozialistischen Zukunftsbild und Akzeptanz des Status quo verstanden. In den divergenten Auffassungen zeigt sich die parlamentarische Verlegenheit, in der die Sozialdemokratie steckte: die unterschiedliche Gewichtung von Wählerinteressen und Klasseninteressen in der zunehmend heterogenen Reichstagsfraktion. Die Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten Wilhelm Hasenclever und Johann Heinrich Wilhelm Dietz – beides Unterstützer der Vorlage – priorisierten die Wählerinteressen. Von den Kolonialisierten als den Opfern der Kolonialpolitik sprachen sie nicht.⁵¹

Überhaupt waren – drittens – die Kolonialisierten fast durchweg Abwesende in der Debatte um die Dampfersubvention. Ihre Lage wurde in sozialdemokratischen Debatten zum Kolonialismus zwar benannt.⁵² Das *Berliner Volksblatt* kam jedoch in der Diskussion über die Vorlage ohne jeden

51 Hasenclever, Wilhelm: »Rede im Reichstag vom 12. März 1885«, in: Stenografische Berichte VI/1/3, S. 1777f.; J.H.W. Dietz: »Rede im Reichstag vom 6. März 1885«, in: Ebd., S. 1845–1848.

52 M.-T. Schwarz: »Je weniger Afrika, desto besser«, S. 238.

Verweis auf sie aus. Die Perspektive des Blattes lag auf Mitteleuropa.⁵³ Das war kein Alleinstellungsmerkmal der Zeitung. Wo die konkreten Verhältnisse in den Kolonien beleuchtet wurden, geschah dies meist in Verbindung zur Lage der Arbeiterklasse in Deutschland, so auch bei den Gegnern der Dampfersubvention. In der Züricher Erklärung heißt es:

Nach den Zollkriegen, in denen eine Nation die Folgen der heutigen Produktionsweise auf die andere abzuwälzen sucht, ist für die heutigen Staats- und Wirtschaftspolitiker die Gründung überseeischer Kolonien das letzte Auskunftsmitglied aus der Anarchie der gegenwärtigen wirtschaftlichen Zustände. Während im Lande alle Magazine überfüllt und Tausende von Arbeitern zur Erwerbslosigkeit verdammt sind, sucht man dieser Überproduktion damit einen Ausweg zu bahnen, dass man ›wilden‹ Völkerschaften Bedürfnisse angewöhnt, auf welche die arbeitenden Klassen im eigenen Lande infolge niedergedrückter Löhne und Erwerbslosigkeit Verzicht leisten müssen, unbekümmert um die verhängnisvollen Folgen solcher ›Zivilisation‹ für die Opfer derselben.⁵⁴

Noch deutlicher wurde Wilhelm Liebknecht, der in seiner Reichstagsrede vom 4. März 1885 die Methode der kolonialen Landnahme ansprach und gegen die kolonialpolitische Propaganda, man könne durch Kolonialbesitz die soziale Frage in Deutschland lösen, polemisierte:

Wie sind die Landkäufe dort zu Stande gekommen? Einfach durch Betrug! Man hat die Leute betrunken gemacht und sie dann über den Löffel balbiert. Und haben wir nicht auf den Südseeinseln die Sklaverei in der schmachvollsten Form unter dem Namen des ›Arbeitergeschäfts‹? Das sind unreine Dinge, und glauben Sie denn, meine Herren, dass solche Praktiken zum Ruhm des deutschen Volkes beitragen? Nie und nimmermehr!⁵⁵

Kolonialpolitik exportiere die soziale Frage, aber sie löse sie nicht. Für die bürgerliche Kolonialeuphorie hatte Liebknecht, der als Vermittler zwischen den Fraktionsflügeln auftrat, nur Spott übrig. In ihr erkannte er chauvinistische

53 Zur Auffassung der Kolonialpolitik als ›Innenpolitik‹ vgl. M. Hyrkkänen: Sozialistische Kolonialpolitik, S. 38.

54 o.A.: »Sprechsaal«, in: Der Sozialdemokrat, 22. Januar 1885, S. 4 [Hervorhebung im Original].

55 Liebknecht, Wilhelm: »Rede im Reichstag vom 4. März 1885«, in: Stenografische Berichte VI/1/3, S. 1539–1544, hier S. 1541.

Allüren, gepaart mit der Illusion, durch Machtausweitung die bestehende Ordnung zu retten. So glaube man

sich zuweilen zurückversetzt in die Zeiten des Südseeschwindels, wie er in Frankreich zu Anfang des vorigen Jahrhunderts grassierte, wenn man hört und liest, welche überschwänglichen Hoffnungen von gewissen Parteien und Personen an die Kolonialpolitik geknüpft werden. Da lese ich z.B. in einem Blatt, welches sogar ein Regierungsorgan ist, in der ›Leipziger Zeitung‹, dem ›amtlichen Organ der sächsischen Regierung‹, bis zum Jahre 1884 sei Deutschland nur die erste kontinentale Macht gewesen; von jetzt an, von dem Moment an, wo Fürst Bismarck aus seinem Haupte, wie Jupiter die Athene, die Kolonialpolitik habe hervorgehen lassen, sei Deutschland eine Weltmacht geworden. Eine Weltmacht dadurch, dass ein paar nackte Wilde mit ihrem King Bell, für die wir gleich Gefängnisse bauen müssen, annektiert worden sind! Man fragt sich wahrhaftig: träumt man oder wacht man, wenn man solche Überschwänglichkeiten liest.⁵⁶

Der Sammelband gliedert in die Schwerpunkte ›Sehnsüchte‹ und ›Warenströme‹. Liebknecht und der linke Flügel der Sozialdemokratie erblickten in der Kolonialeuphorie die Schnittmenge: Sehnsucht nach Warenströmen.⁵⁷ Sie galt der Sozialdemokratie als Ergebnis einer Krisenerfahrung und als Versuch, eine niedergehende Ordnung zu retten, die Krisenursachen im Rahmen der bestehenden Ordnung zu bekämpfen. Euphorielose Zustimmung zu Teilen der Kolonialpolitik gab es jedoch auch in der Sozialdemokratie. Das *Berliner Volksblatt* war hierfür Forum.

56 Ebd., S. 1540 [Hervorhebung im Original].

57 Vgl.: Bendikat, Elfi: Wahlkämpfe in Europa 1884–1889. Parteiensysteme, Politikstile in Deutschland, Frankreich und Großbritannien, Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag 1988, S. 86.

